Jürgen Kumlehn
E-mail: JKumlehn@t-online.de
Private Websites:
www.ns-spurensuche.de
www.spurensuche-meinung-bilden.de

Platanenstraße 24
D-38302 Wolfenbüttel
Tel: 05331-977 487

3.6.2016

Jürgen Kumlehn, Platanenstraße 24, 38302 Wolfenbüttel

Landkreis Wolfenbüttel
An alle Mitglieder des Kreisausschusses

Zwei Atommüll-Antipoden des Kreistages 1981. Der FDP-Kreistagsabgeordnete und stellvertretende Landrat Reinhold Stoevesandt (1909-1986) und der SPD-Landrat und MdL Helmut Bosse. Stoevesandt war strickt gegen die Einlagerung und Bosse manchmal ein bisschen dagegen, aber meistens war er dafür - wenn er nicht dagegen war.

Angst vor der Wahrheit?

Das hat Reinhold Stoevesandt nun wahrlich nicht verdient!

Nichts ist aufregender als die Wahrheit. Egon Erwisch Kisch

Als einer derjenigen, die seit Mitte der 1970er Jahre nicht nur gegen die Einlagerung von Atommüll in den Asseschacht II gekämpft haben, sondern vor allem auch gegen die Ignoranz vieler damaliger Kommunalpolitiker des Kreistages und des Samtgemeinderates Asse mache ich nun aktuell eine neue deprimierende Erfahrung. Seit ca. 10 Jahren haben viele Assebewohner erfolgreich für mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung im Zusammenhang mit der Atommülldeponie gekämpft. Viele Lügen und dadurch sichtbar gewordene Wahrheiten konnten ans Licht kommen.

Da auch der Landtagsuntersuchungsausschuss 2009 manche Lüge offen legen konnte, wurde deutlich, dass die hässlichen Beschimpfungen damaliger Assegegner hauptsächlich durch Politiker der CDU und der SPD, besonders leider auch durch diejenigen, die hier Kommunalpolitik betrieben haben - aufgrund eines gestörten Demokratieverständnisses geäußert worden waren. Der Untersuchungsausschuss lehnte meine Forderung der Durchleuchtung der kommunalen Verantwortung ab. Die damalige SPD-Landtagsabgeordnete

Dörthe Weddige-Degenhardt schrieb mir seinerzeit, als durch den Ausschuss klargelegt werden konnte, Atommüll hätte in Asse II niemals eingelagert werden dürfen, sie halte *es nicht für zielführend, im Nachhinein Aufarbeitung über den Asse-Untersuchungsausschuss hinaus zu betreiben. Viel wichtiger finde ich es, dafür zu kämpfen, dass wir das Problem für die Zukunft lösen und den Müll herausholen.*

Diese Vorgänge verbunden mit der nicht vorhandenen Bereitschaft, die Atommülleinlagerung auch von kritischen Wissenschaftlern von außerhalb bewerten zu lassen, haben mit dazu geführt, das jetzige Superproblem zu erzeugen. Hiesige Kommunalpolitiker haben anstatt die regionale Bevölkerung in einen kritischen Bewertungsprozess mit einzubeziehen sich stark dafür engagiert, die Menschen an der Asse in Sicherheit zu wiegen. Diese Kommunalpoliti-ker haben durch ihre Hörigkeit gegenüber den Wissenschaftlern der damaligen "Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung" (GSF) eine schwere Verantwortung auf sich genommen. Warum haben Sie das getan? Sicher, sie waren von der Nützlichkeit der Atomkraft auch persönlich überzeugt, sahen sich aber auch als nützliche Umsetzer der Atompolitik ihrer Bundesregierungen.

Es gab allerdings einen Kommunalpolitiker, der als Architekt mit Fachwissen gegen Atommüll, Lügen und Ignoranz gekämpft hat. Es war der Wolfenbütteler Architekt Reinhold Stoevesandt - ein streitbarer FDP-Politiker, Kreistagsabgeordneter und bis 1981 auch stellvertretender Landrat. In vielen Veranstaltungen konnte Stoevesandt fachlich qualifiziert genau die Probleme an der Asse benennen, die uns heute große Sorgen machen und nur mit Milliarden von Euro gelöst werden können. Immer wieder hat er gefordert, die Asse durch außenstehende und kritische Wissenschaftler untersuchen zu lassen. Stoevesandt wurde zwar nicht als langhaariger Störer beschimpft, dafür haben ihn seine kommunalen Kollegen einfach ignoriert und seine Warnungen nicht ernst genommen.

Ich bin mir sicher: Hätten damalige Politiker wie Helmuth Bosse (SPD), Werner Otte, Ernst Henning Jahn, Oberkreisdirektor Hartmut Koneffke und andere die Bevölkerung nicht nur zum kritiklosen Abnicken der GSF-Pläne beeinflusst, hätte das Problem zwar nicht ganz verhindert, aber doch erheblich minimiert werden können. Da liegt die konkrete Mitverantwortung! Und dieses zum großen Schaden geführte Verhalten muss nun endlich auch aufgearbeitet werden. Der Landtagsuntersuchungsausschuss hat meine diesbezügliche Forderung leider abgelehnt. Die WAA hat das nun vom Kreistag gefordert. Weil dieses wichtige Anliegen in Gremien des Kreistages behandelt werden sollte, hat mich Frau Steinbrügge am Anfang Mai angerufen. Sie wollte von mir wissen, in welcher Weise ich dabei behilflich sein könnte. Ich habe ihr gegenüber das Anliegen für sehr gut bewertet und meine Mitarbeit als einer der letzten Zeitzeugen, auch als Kreistagsabgeordneter von 1981 bis 1986, angeboten. In dem Gespräch habe ich ihr, die sich lieber nur auf die Zukunft konzentrieren möchte, gesagt, dass die Zukunft der Asse nur positiv gestaltet werden kann, wenn endlich der Blick auch auf die Vergangenheit gerichtet wird und die damals praktizierten Schandtaten aufgearbeitet werden. Denn wir wollen doch aus Fehlern lernen, oder? Weil mir das Gespräch den Eindruck vermit-telte, dass es nun tatsächlich zu der Aufarbeitung kommen werde, habe ich mich wegen mei-ner Zusage gleich darum gekümmert und der Landrätin schriftlich Namen von weiteren Zeit-zeugen benannt und auf kritische Literatur über die Geschichte von Asse II hingewiesen. Ich habe sie auch darum gebeten, mir den Termin der öffentlichen Ausschusssitzung mitzuteilen, da ich der historischen Diskussion und dem folgenden Beschluss persönlich erleben wollte.

Wie ich nun feststellen muss, kam es ganz anders. Frau Steinbrügge hat mein Schreiben bis heute nicht beantwortet und hat mir auch nicht den Sitzungstermin mitgeteilt. Das war auch nicht möglich, wie ich jetzt weiß, denn das Thema "Aufarbeitung" wurde nicht öffentlich besprochen, sondern (wohlweislich?) hinter verschlossenen Türen im "geheimen" Kreisaus-

schuss. Das erfuhr ich etwas versteckt aus einer Pressemitteilung der WAA zur nächsten Asse II-Mahnwache mit diesem Satz: *Die Landrätin teilte jetzt im Namen des Kreisausschusses mit, dass das Thema nicht weiter verfolgt würde.* Diese Mitteilung ist niederschmetternd und erinnert mich sehr an jene Zeiten Ende der 1970er und Anfang der 1980er Jahre, als die Befürworter-Kreistagsfraktionen sich ähnlich verhielten, um einerseits der Öffentlichkeit aus dem Wege zu gehen und um der GSF störungslos weiterhin und treu folgen zu können. Hat auch die Nachfolgegeneration in dieser Beziehung nichts aus den Fehlern ihrer Vorgänger gelernt? Wie sollen sie auch, wenn sie es ablehnen, sich mit der kommunalpolitischen Schande jener Zeit zu befassen?

Interessant wäre es nun, die Begründung für die Ablehnung zu erfahren? Wie ist die Abstimmung ausgefallen? War sie einstimmig? Hatte wenigstens ein Mitglied des Kreisausschusses den Mut, diese neue Niedertracht abzulehnen?
Ich möchte an eine historische Kreistagssitzung erinnern, die am 26. April 1985 in der Aula der Grund- und Hauptschule Remlingen gemeinsam mit dem Rat der Samtgemeinde Asse stattgefunden hat. Anwesend waren damals auch fünf hochrangige "Wissenschaftler" der GSF, ein Vertreter des Bundesministeriums für Forschung und Technologie und ein Vertreter der Kernforschungsanlage Jülich. Es gab nur einen Tagesordnungspunkt: "Geplante Versuchseinlagerung der Gesellschaft für Strahlenforschung (GSF) im Schacht Asse II." Auf dieser Sitzung hatten die Vertreter der GSF Rederecht, was sie auch wahrnahmen, um die versammelten Ratsmitglieder und Kreistagsabgeordneten einzulullen. Prof Dr. Klaus Kühn, damaliger wissenschaftlicher Leiter des Atommüllunternehmens, der den Spitznamen "Endlagerpapst" trägt, verbreitete gleich am Beginn seines ersten Redebeitrages großes Einvernehmen und eine unkritische wohlige Atmosphäre, *daß alle bisherigen Einlagerungen entsprechend den jeweils gültigen Rechtsvorschriften genehmigt worden seien.*
(Die noch folgenden Reden können hier in der ungekürzten Veröffentlichung des Sitzungsprotokolls nachgelesen werden: http://www.spurensuche-meinung-bilden.de/index.php?id=4&topic=1&key=5).
Es gab aber einen Punkt, über den hier berichtet werden soll. Die Fraktion der Grünen Bürgerliste (Hilmar Nagel und Jürgen Kumlehn) stellte auf dieser Sitzung den Antrag zur Durchführung einer öffentlichen Anhörung mit der Einlagerung kritisch gegenüber stehenden Wissenschaftlern. Hier der folgende Kreistagsbeschluss, der die Hörigkeit der Kreistagsabgeordneten der CDU, SPD und FDP (Stoevesandt war seit 1982 nicht mehr vertreten) dokumentiert: *Der Kreistag lehnt mit 23 gegen 2 Stimmen bei 17 Stimmenthaltungen den Antrag der Fraktion der Grünen Bürgerliste ab, den Oberkreisdirektor zu beauftragen, im Rahmen des Ausschusses für Bauwesen, Umwelt- und Naturschutz eine öffentliche Anhörung zur Proble-matik der Einlagerung hochradioaktiver Materialien in der Atommülldeponie Asse II durchzuführen und neben Mitgliedern des Fachausschusses und den Fachleuten der GSF auch Fachleute, die dem obengenannten Vorhaben kritisch gegenüberstehen, zu hören.*

Damit war nicht nur jedwede kritische Aufarbeitung der vergangenen Einlagerungen beerdigt, sondern auch das Engagement von Reinhold Stoevesandt, der bei jeder passenden Gelegen-heit das Heranholen von kritischen Wissenschaftlern gefordert hatte, der Lächerlichkeit preisgegeben. Der besondere Höhepunkt der Sitzung aber war eine Stellungnahme des Endlagerpapstes Klaus Kühn vor der Abstimmung, der dieses behauptete: *Nach weiterer Behandlung der Thematik durch den Samtgemeinderat weist* ***Herr Dr. Kühn (GSF)*** *nach der Rückgabe des Vorsitzes an Landrat Jahn zunächst mit aller Entschiedenheit zurück, als nicht kritische Wissenschaftler bezeichnet zu werden. Die Wissenschaftler der GSF stünden ihrer Aufgabe in jeglicher Weise kritisch gegenüber.*

Die Chance, noch rechtzeitig die Probleme der Asse zu erkennen und schon bald darauf mit dem Herausholen der damals noch nicht zerborstenen Fässer zu beginnen, wurde von den

verantwortlichen Politikern des Kreistages und der Samtgemeinde Asse verantwortungslos vertan. Und der aktuelle Beschluss des Kreisausschusses erinnert mich sehr an jene histori-sche Sitzung in Remlingen.
Stellen sich zwei Fragen: Warum wollten die damaligen Kommunalpolitiker keine Wissen-schaftler von außerhalb der GSF hören und warum wollen die heutigen Kreistagsabgeord-neten diesen und viele andere Fehler der Vergangenheit nicht aufarbeiten? Ich fordere den Kreistag auf, diese ohne Abstimmung und nur gesprächsweise erfolgte Gemeinsamkeit zurückzunehmen und gemäß der schwer erkämpften Transparenz und Bürgernähe den Beschluss zur Aufarbeitung zu fassen!

Wer sich noch mehr über die dilettantischen Vorgänge an der Asse informieren möchte möge diese Website aufrufen:
www.spurensuche-meinung-bilden.de

Empfehlenswert ist auch dieses Buch:
Möller, Detlef, Endlagerung radioaktiver Abfälle in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/Main, 2009, ISBN 978-3-631-57579-6

Beilagen:

Grüne Bürgerliste
für den Landkreis Wolfenbüttel

Kreistagsfraktion
Jürgen Kumlehn
Am Kaiserwald 7
3305 Sickte

Pressemitteilung 3.3.85

GRÜNE lehnen Atommüll-Lagerung in Asse II weiterhin ab

Die Haltung der Grünen zur Atommülldeponie Asse II hat sich auch in der Zeit der Stille um Asse II nicht verändert. Ausgehend von der Abschaffung aller Atomanlagen fordern die GRÜNEN auch weiterhin die Schließung von Asse II.
Die zurückliegende Diskussion über die Sicherheit des Asse-Salzstockes hat nach Ansicht der GRÜNEN bereits mehrfach erbracht, daß der Salzstock wie die Salzstöcke in der Umgebung nicht sicher ist.

DIE GRÜNEN begrüßen die Aussagen hochrangiger CDU- und SPD-Politik in Asse II dürften hochradioaktive Materialien nicht eingelagert werden. Eine eindeutige Absage des Kreistages gegen die Einlagerung hochradioaktiver Materialien gibt es jedoch noch nicht.

Da die Standortbestimmung von Atomanlagen offensichtlich nicht aus sachlichen Erwägungen durchgeführt wird, sondern in einer Art Poker (Bayern bietet mehr Steuergeld als Niedersachsen), haben die Grünen zu den Aussagen von CDU und SPD nicht sehr viel Vertrauen.

Auch im Landkreis wurde bereits deutlich, daß Politiker der großen Parteien ein Stillhalten oder eine Zustimmung zum Endlager für schwach- und mittelradioaktive Materialien mit der Forderung nach durch das Land und den Bund bezahlter Infrastrukturmaßnahmen bezahlt haben wollen.

Obwohl der Landkreis einen Umweltausschuß hat, wird das Thema Asse II im nichtöffentlichen Kreisausschuß behandelt. Daher haben DIE GRÜNEN in der Kreisausschußsitzung am 4.3.85 beantragt, das Thema Asse II unter Beteiligung der Öffentlichkeit im Ausschuß für Bauwesen- Umwelt- und Naturschutz zu erörtern.